

DRINGLICHES POSTULAT

Urheber Kommission GSI, durch Julien Dubuis, PLR
Gegenstand Bericht Eichenberger über die Anhörungen: Reaktion der Kommission GSI
Datum 13.11.2018
Nummer 2.0254

Aktualität des Ereignisses

Gespräch der Kommission GSI vom 24. September 2018 mit Herrn Eichenberger über seinen Bericht nach den durchgeführten Anhörungen

Unvorhersehbarkeit

Der Bericht Eichenberger brachte ein Governance- und Kommunikationsproblem im Stiftungsrat von Sucht Wallis ans Licht. Letzterer wurde per 31. Oktober 2018 vollständig erneuert.

Notwendigkeit einer umgehenden Reaktion oder Massnahme

Der Staatsrat muss rasch ein neues Führungsmodell für die Stiftung Sucht Wallis finden.

Der Staat stand während der schon zu lange andauernden Krise der Stiftung Sucht Wallis häufig an der Seitenlinie, da es sich um eine privatrechtliche Stiftung mit einem Leistungsauftrag handelt, und der Staat dadurch beschränkte Handlungsmöglichkeiten hat. Durch diese Krise haben zu viele Menschen gelitten, denen gekündigt wurde oder welche die Stiftung verlassen haben. Es ist zudem wichtig, dass der Staat eine Vielfalt an therapeutischen Konzepten wahrt und den Personen, die sie brauchen, eine bestmögliche Betreuung gewährleistet. Angesichts dieser Krise muss der Staat Verantwortung übernehmen und dafür sorgen, dass sich eine solche Situation in Zukunft nicht wiederholt.

Schlussfolgerungen

Mit diesem dringlichen Postulat verlangt die Kommission GSI vom Staatsrat, dass er sich Gedanken über die Führung der Stiftung Sucht Wallis macht, so dass der Staat eine bessere Kontrolle über die Organisation und Umsetzung der übertragenen Aufgaben hat. Grundsätzlich sollten alle durch den Staat Wallis beauftragten Institutionen in diese Überlegungen einbezogen werden.